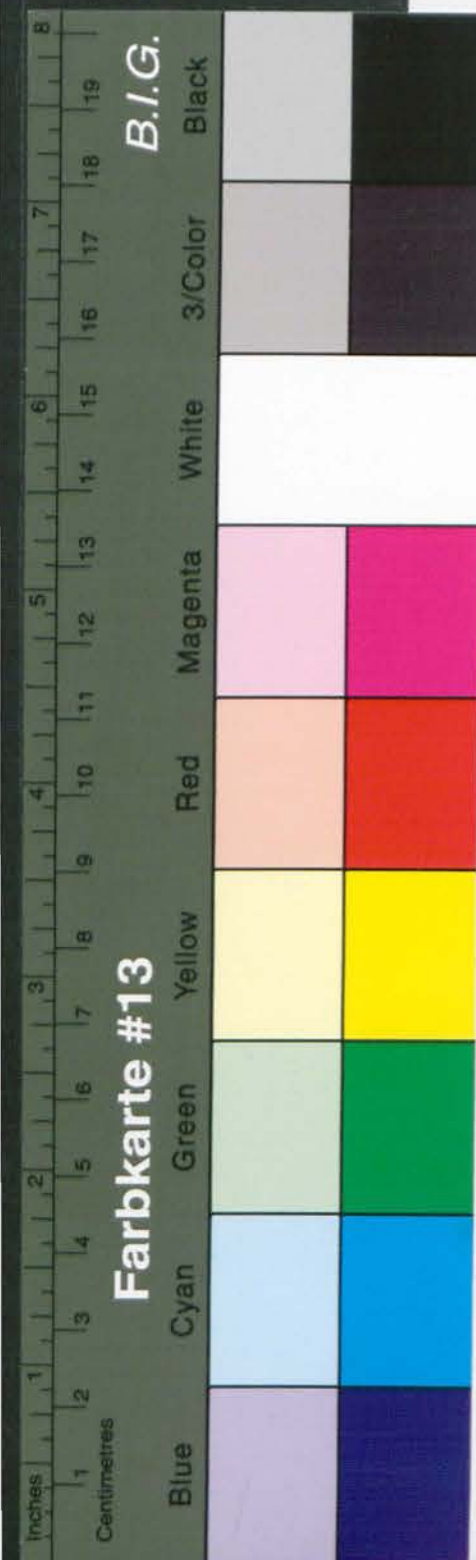


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2





Kreisarchiv Stormarn B2



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Landessekretariat
Schleswig-Holstein

413

HAMBURG 39
MARIA-LOUISEN-STRASSE 132
5. Juli 1949
17/-

Kreisverwaltung Stormarn
Der Kreisdirektor
Kreissonderhilfsausschuss



BAD OLDESLOE

Betr. Frau Friel A h r e n s , geb. Felst, 10. III. 08 Lehe/Weser

Von Frau Ah. werden wir verständigt, dass sie in Zukunft in dem
Kreise Stormarn zuständig ist.
Wir senden daher beigeschlossen die bei uns vorliegenden Unter-
lagen zur Einsicht.
Wir bitten dieselben recht bald wieder zurück.
Es entzieht sich leider unserer Kenntnis, wo Frau A. bisher vom
Sonderhilfsausschuss anerkannt wurde.
Es wird zweckmässig sein die Unterlagen dieses SHA auch noch
anzufordern.
Wir bitten also die beigelegten Akten recht bald zu retournieren.

I.A.

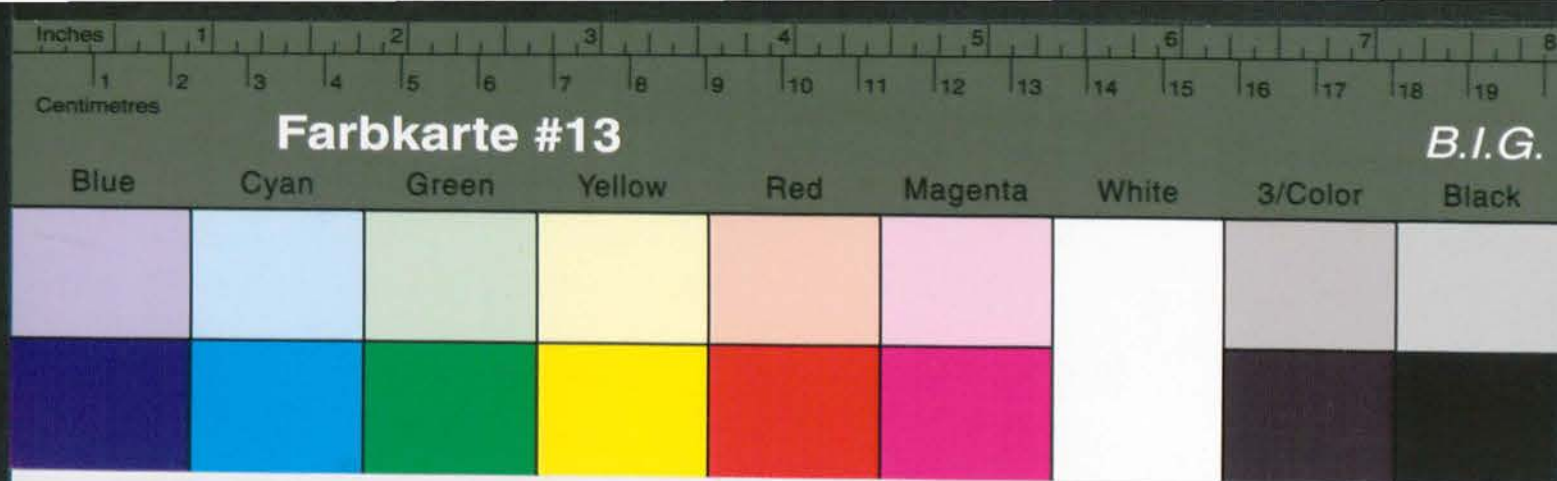
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes
Landessekretariat
Schleswig-Holstein

Farbkarte #13

Black	3/Color	White	Magenta	Red	Yellow	Green	Cyan	Blue

Centimetres
Inches

Im Auftrag:



Kreisarchiv Stormarn B2

18. Juli 1949

4/413 - Kreisonderhilfeausschuss -
- Ahrens - D./K.

Frau
Friedl Ahrens
in Reinbek
Brunsbuch 22

Die VVN. in Hamburg hat hierher mitgeteilt, dass Sie nunmehr für den Kreis Stormarn zuständig und zu betreuen sind. Aus den von der VVN. Hamburg übersandten Unterlagen ergibt sich noch nicht, durch welchen Kreis-sonderhilfeausschuss Sie bisher anerkannt waren. Sie werden gebeten, hierher mitzuteilen, durch welchen Kreis-sonderhilfe-ausschuss Ihre bisherige Anerkennung erfolgte, damit Ihre weitere Betreu-ung durch den Kreis-sonderhilfeausschuss Stormarn erfolgen kann.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Ansprechperson für Anerkennung als ehem. polit. Verfolgter wurden Herrn Flesch mit der Bitte um Weitergabe an Frau Ahrens ersucht.

Vormerk

Ahrens - D./K.
Bad Oldesloe, den 8.8.1949

Kreisarchiv Stormarn B2



Protokoll

der 37. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-
ausschusses Stormarn am 29. September 1949.

Es waren anwesend:

- | | |
|---------------------------|-------------------|
| 1. Herr Siege, | Vorsitzender |
| 2. Herr Prof. Dr. Benner, | Beisitzer |
| 3. Herr Pietsch, | stellv. Beisitzer |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

Vorlage: Antrag der Ehefrau Friedel A h r e n s in Reinbek auf Anerkennung
als ehem. polit. Verfolgte.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, Frau Ahrens
aufgrund ihres Antrages als ehem. polit. Verfolgte anzuerkennen.
Durch die vorgelegten Bescheinigungen ist nachgewiesen, dass Frau
Ahrens von 1922 - 1933 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend
war und mehrere Jahre als Angestellte im Hamburger Sekretariat
dieses Verbandes tätig war. Auch in den Jahren 1933 - 1945 hat
sie illegal für die SPD. gearbeitet. Sie wurde, wie aus einer Be-
scheinigung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landes-
organisation Hamburg vom 5.12.45 ersichtlich, als Sekretärin der
sozialistischen Arbeiterjugend im Mai 1933 verhaftet und 9 Wochen
in Untersuchungs- und Schutzhaft gehalten. Nach ihrer Entlassung
aus der Haft war sie etwa 1/2 Jahr erwerbslos.
Frau Ahrens hat dem Nationalsozialismus aktiven Widerstand gele-
istet. Sie ist somit als Verfolgte anzuerkennen.

gez. Pietsch
stellv. Beisitzer

Anerkennung

Frau Ahrens
anzuerkennen.
n, dass Frau
Arbeiterjugend
Sekretariat
1945 hat
aus einer Be-
scheide, Landes-
retärin der
und 9 Wochen
Entlassung
stand gel-

Kreisarchiv Stormarn B2



Wer das Wahlverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli 1949, 18 Uhr, beim Gemeindevorstand oder beim hierfür von ihm Beauftragten einen Einspruch gegen das Wahlverzeichnis erheben.

Der Einspruch kann darauf gerichtet sein, daß der Antragsteller

a) eine Eintragung in das Wahlverzeichnis bezweckt (Anspruch),

b) behauptet, daß ein anderer zu Unrecht im Wahlverzeichnis aufgeführt ist (Einwendung).

Die Einsprüche sind dem Gemeindevorstand schriftlich anzulegen oder bei ihm zur Niederschrift zu geben.

**Die Einfindnahme in das Wahlverzeichnis liegt in jeder-
manns Interesse, da das Wahlverzeichnis die maßgebende
Grundlage für die Wahl bildet.**

Ort den 1949.
(Datum)

(Unterschrift des Wahlleiters oder seines Beauftragten)
(Dienststempel)

St. N. DO 243, 1203/10200, 6. 49. Kl. A.
§ 3 - Bekanntmachung über Auslegung des Wahlverzeichnis (§ 16 StVO).

4-1/9-Kreissende
- Ahrens - D./K.
Frau
Friedel A h r e n s
in R e i n b e k
Brunsbusch 22

In Ihrer Betreuungsausschuss in der Sitzung
Antrages vom 25.8.49
Gleichzeitig werden
digungsgesetz für die
schädigung stellen
Mitteilungsblatt für
len Sie Ihren Antrag

Protokoll
der 37. Sitzung des Kreiswahlvereins
am 29. September 1949.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,	Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Benner,	Beisitzer
3. Herr Pietsch,	stellv. Beisitzer
4. Herr Babelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag der Ehefrau Friedel A h r e n s in Reinbek auf Anerkennung
als ehem. polit. Verfolgte.

Beschluss: Der Kreiswahlverein beschließt einstimmig, Frau Ahrens
aufgrund ihres Antrages als ehem. polit. Verfolgte anzuerkennen.
Durch die vorgelegten Bescheinigungen ist nachgewiesen, dass Frau
Ahrens von 1922 - 1933 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend
war und mehrere Jahre als Angestellte im Hamburger Sekretariat
dieses Verbandes tätig war. Auch in den Jahren 1933 - 1945 hat
sie illegal für die SPD. gearbeitet. Sie wurde, wie aus einer Be-
scheinigung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landes-
organisation Hamburg vom 8.12.45 ersichtlich, als Sekretärin der
sozialistischen Arbeiterjugend im Mai 1933 verhaftet und 9 Wochen
in Untersuchungs- und Schutzhaft gehalten. Nach ihrer Entlassung
aus der Haft war sie etwa 1/2 Jahr erwerbslos.
Frau Ahrens hat dem Nationalsozialismus aktiven Widerstand geleistet.
Sie ist somit als Verfolgte anzuerkennen.

gez. Pietsch
stellv. Beisitzer

Kreisarchiv Stormarn B2



Wer das Wahlereignis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli 1949, 18 Uhr, beim Gemeindevorstand oder beim hierfür von ihm Beauftragten einen Einspruch gegen das Wahlereignis erheben.

Der Einspruch kann darauf gerichtet sein, daß der Antragsteller

a) eine Eintragung in das Wahlereignis bezweckt (Einspruch),

b) behauptet, daß ein anderer zu Unrecht im Wahlereignis aufgeführt ist (Einwendung).

Die Einsprüche sind dem Gemeindevorstand schriftlich anzulegen oder bei ihm zur Übermittlung zu geben.

Die Einfindnahme in das Wahlereignis liegt in jedem Falle, wenn das Wahlereignis die maßgebende Grundlage für die Wahl bildet.

Ort, den, 1949.

(Datum)

(Unterschrift des Wahlleiters oder seines Beauftragten)

(Unterschrift)

BM 3 - Bekanntmachung über Ausstellung des Wahlereignisses - 1. Bundeswahl (S. 16 BStBl.)

S. N. DO 243. 1203/10 300. 6. 49. Kf. A.

4. Oktober 1949

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -

- Ahrens - D./K.

Frau
Friedel Ahrens
in Reinbek
Brunsbuch 22

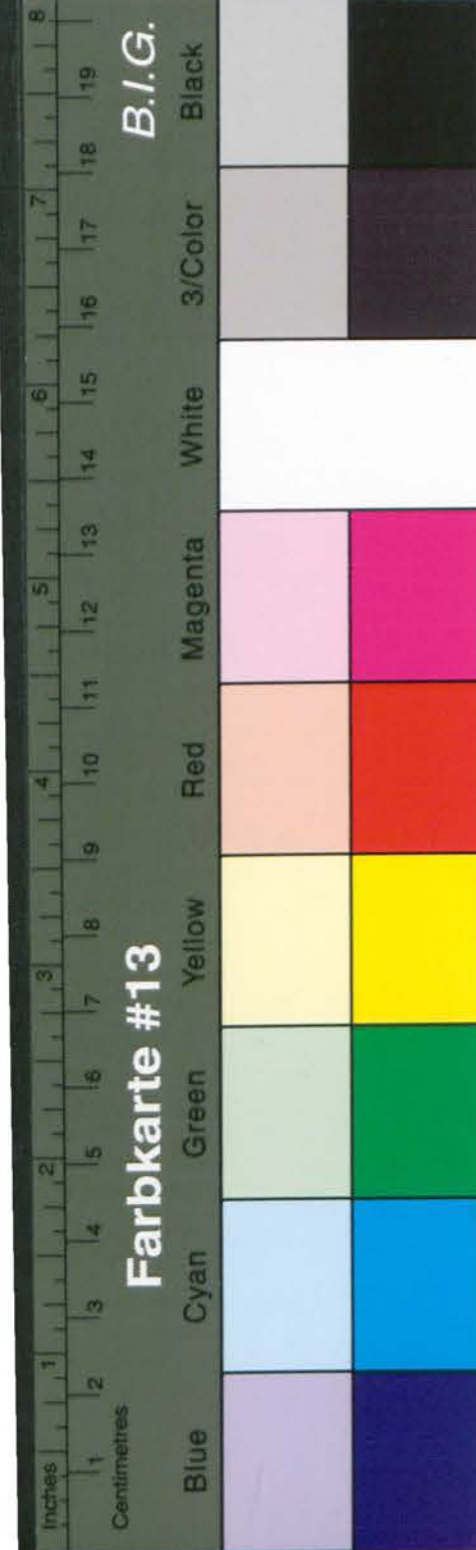
In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfeausschuss in der Sitzung vom 27.9.49 beschlossen hat, Sie aufgrund Ihres Antrages vom 25.8.49 als ehem. polit. Verfolgte anzuerkennen. Gleichzeitig werden Sie darauf hingewiesen, dass Sie nach dem Haftentschädigungsgesetz für das Land Schleswig - Holstein einen Antrag auf Haftentschädigung stellen können. Das Haftentschädigungsgesetz ist in dem amtlichen Mitteilungsblatt für den Kreis Stormarn vom 3.9.49 abgedruckt. Hiernach wollen Sie Ihren Antrag einreichen. Antragsformulare werden nicht ausgegeben.

Im Auftrage:

Ger. Pletsch
stellv. Beisitzer

1949

wegen
Angst
dort
Ministerium
noch eides-
e von Mai
rlich ist,
rden, da-
angen kön-
ischen
Min der



Kreisarchiv Stormarn B2

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli Einspruch einbringen.

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli 1949, 18 Uhr, beim Gemeindevorstand oder dem hierfür von ihm Beauftragten einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis erheben.

Der Einspruch kann darauf gerichtet sein, daß der Antragsteller

- a) eine Eintragung in das Wählerverzeichnis bezweckt (Anspruch),
- b) behauptet, daß ein anderer zu Unrecht im Wählerverzeichnis aufgeführt ist (Einwendung).

Die Einsprüche sind dem Gemeindevorstand schriftlich anzugeben oder bei ihm zur Niederschrift zu geben.

Die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis liegt in jedermanns Interesse, da das Wählerverzeichnis die maßgebende Grundlage für die Wahl bildet.

Ort _____, den _____, 1949.

(Dienststempel) _____ (Dienststellung) _____

(Unterschrift des Wahlleiters oder seines Beauftragten) _____

SW 2 — — Bekanntmachung über Auslegung des Wählerzeichnungsverfahrens
S. N. DO 243. 1237/10.200. 6. 49. Kl. A.

Im Auftrage: *[Signature]*

Die Ehefrau Friedel Ahrens geb. Feist, geb. 10.3.08 in Lehe, jetzt wohnhaft in Reinbek, Brunnenweg 22, hat bei dem Kreisanderhilfsausschuss Stormarn aufgrund des Haftentlassungsgesetzes Antrag auf Haftentschädigung gestellt und behauptet, wegen polit. Betätigung von Mai 1933 bis Ende Juli 1933 in Schutz- und Untersuchungshaft gewesen zu sein. Es wird um Mithilfe gebeten, von wann bis wann Frau Ahrens inhaftiert war. Eine Verurteilung ist, soweit festgestellt werden konnte, nicht erfolgt.

4-1/9-Kreisanderhilfsausschuss -
- Ahrens - D./K.

An das
Untersuchungsgefängnis
in Hamburg

[Signature]

13. Oktober 1949

Kreisarchiv Stormarn B2



3. November 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Ahrens - D./K.

P.D.S.

Frau
Friedel Ahrens
in Reinbek
Brunsbusch 22

In Ihrer Betreuungssache hatte sich der Kreissonderhilfsausschuss wegen der Beschaffung von Unterlagen über die im Untersuchungsgefängnis Hamburg verhörsste Haftzeit in Verbindung gesetzt. Die Untersuchungshaftanstalt hat jedoch mitgeteilt, dass dort Unterlagen nicht mehr vorhanden sind. Um Ihren Haftentschädigungsantrag jedoch der Landesregierung - Ministerium des Innern - überreichen zu können, ist erforderlich, dass Sie durch eidesstattliche Erklärungen von Zeugen den Nachweis erbringen, dass Sie von Mai 1933 bis Ende Juli 1933 aus polit. Gründen in Haft waren. Erforderlich ist, dass Verhaftungs- und Entlassungstag möglichst genau angegeben werden, damit Sie in den Genuss der Ihnen zustehenden Haftentschädigung gelangen können. Die Landes-Organisation der Hansestadt Hamburg der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 3.12.45 bestätigt, dass Sie als Sekretärin der

Im Auftrag:

Sehr geehrte Frau Ahrens!

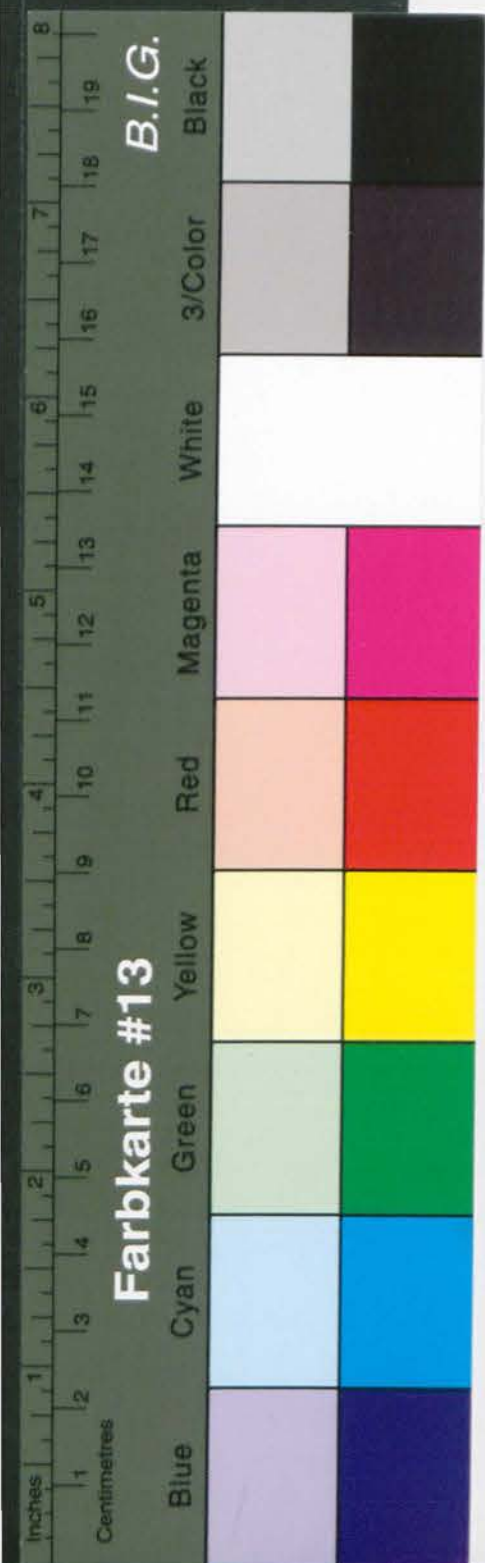
Die Kreisorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 3.12.45 bestätigt, dass Sie als Sekretärin der

- Ahrens - D./K.

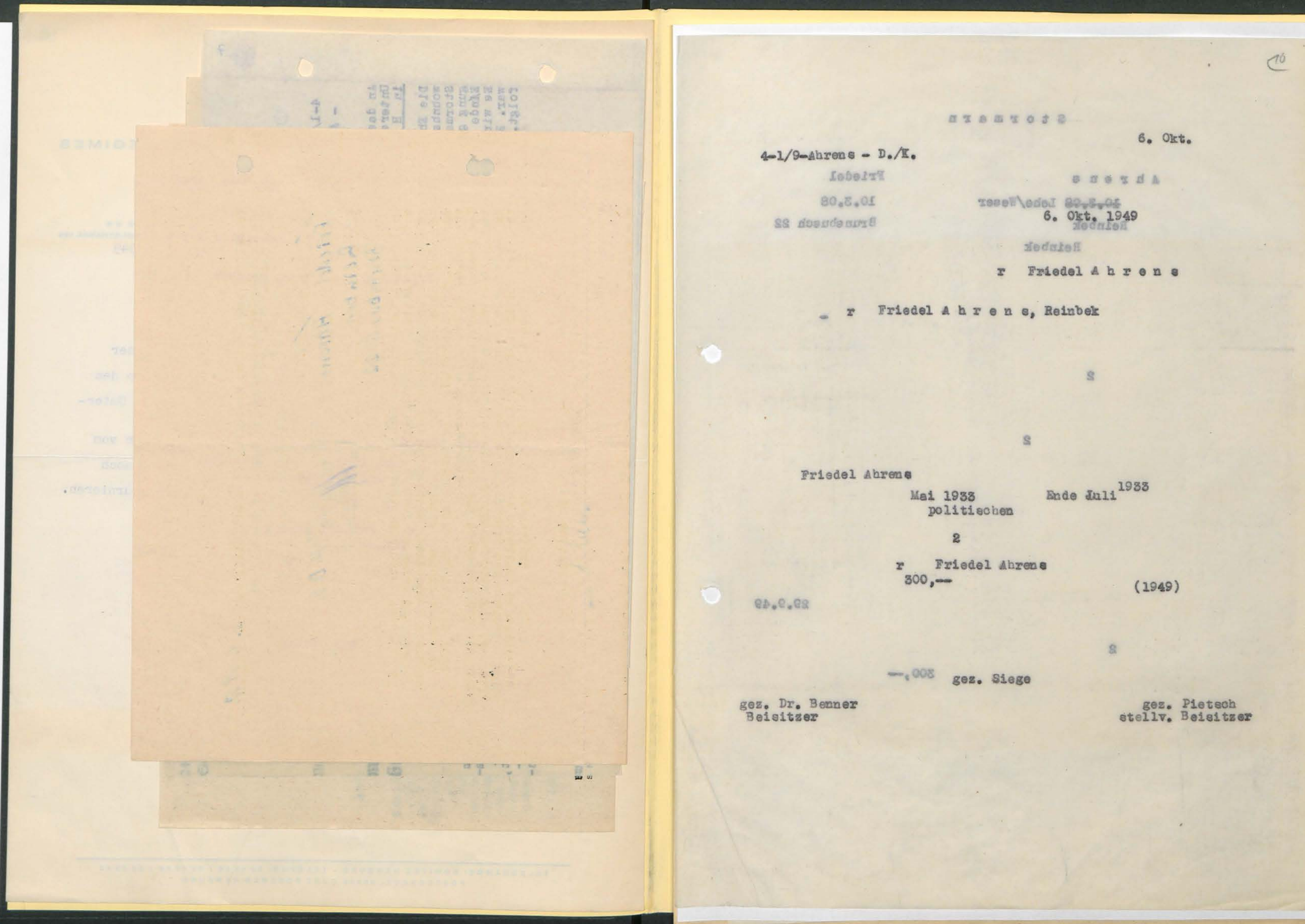
4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -

12. Oktober 1949





Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



den 18. Dezember 1953

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A - Pol. Wi. Gu. -
I 16

Kiel, den 16. Nov. 1950

An den
Herrn Landrat
- Sonderhilfsausschuss für OdN. -
in Bad Oldesloe

Frau Friedel
Reinbek
Brunsbusch 2

Betr.: Haftentschädigung
Bezug: Feststellung
I/8 A - Pol

Unter Bezug auf die
teile ich Ihnen mit,
Zahlung der Haftent-
in Höhe von DM. 3
Zahlung, mit der Sie
Wege der Überweisung

In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag des/der
Frau Friedel Ahrens, Reinbek, Brunsbusch 22

nach Entscheidung zurück.
Der Akte ist eine Durchschrift des erteilten Feststellungs-
bescheides beigelegt.

Im Auftrage:
gez. Wolters

28.11.50
zum Vorgang.

Stempel: Schleswig-Holstein, Kanzlei, 10. 11. 50

Im Auftrage:

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A - Pol. Wi. Gu. -
I 16

Kiel, den 16. Nov. 1950

An den
Herrn Landrat
- Sonderhilfsausschuss für OdN. -
in Bad Oldesloe

Frau Friedel
Reinbek
Brunsbusch 2

Betr.: Haftentschädigung
Bezug: Feststellung
I/8 A - Pol

Unter Bezug auf die
teile ich Ihnen mit,
Zahlung der Haftent-
in Höhe von DM. 3
Zahlung, mit der Sie
Wege der Überweisung

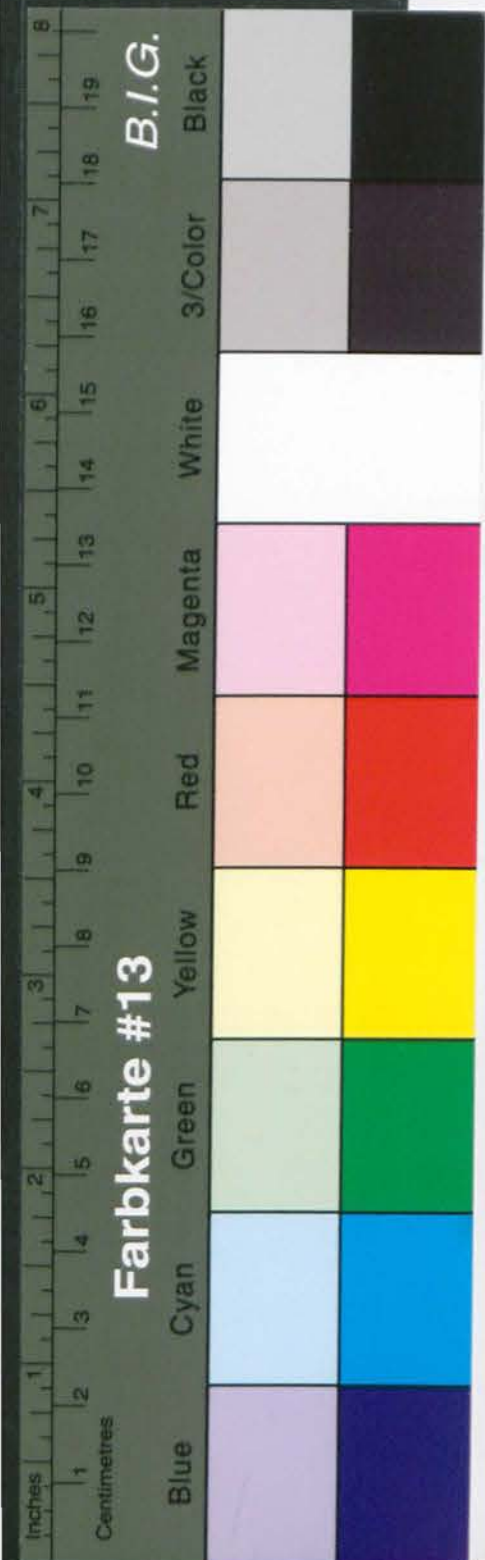
In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag des/der
Frau Friedel Ahrens, Reinbek, Brunsbusch 22

nach Entscheidung zurück.
Der Akte ist eine Durchschrift des erteilten Feststellungs-
bescheides beigelegt.

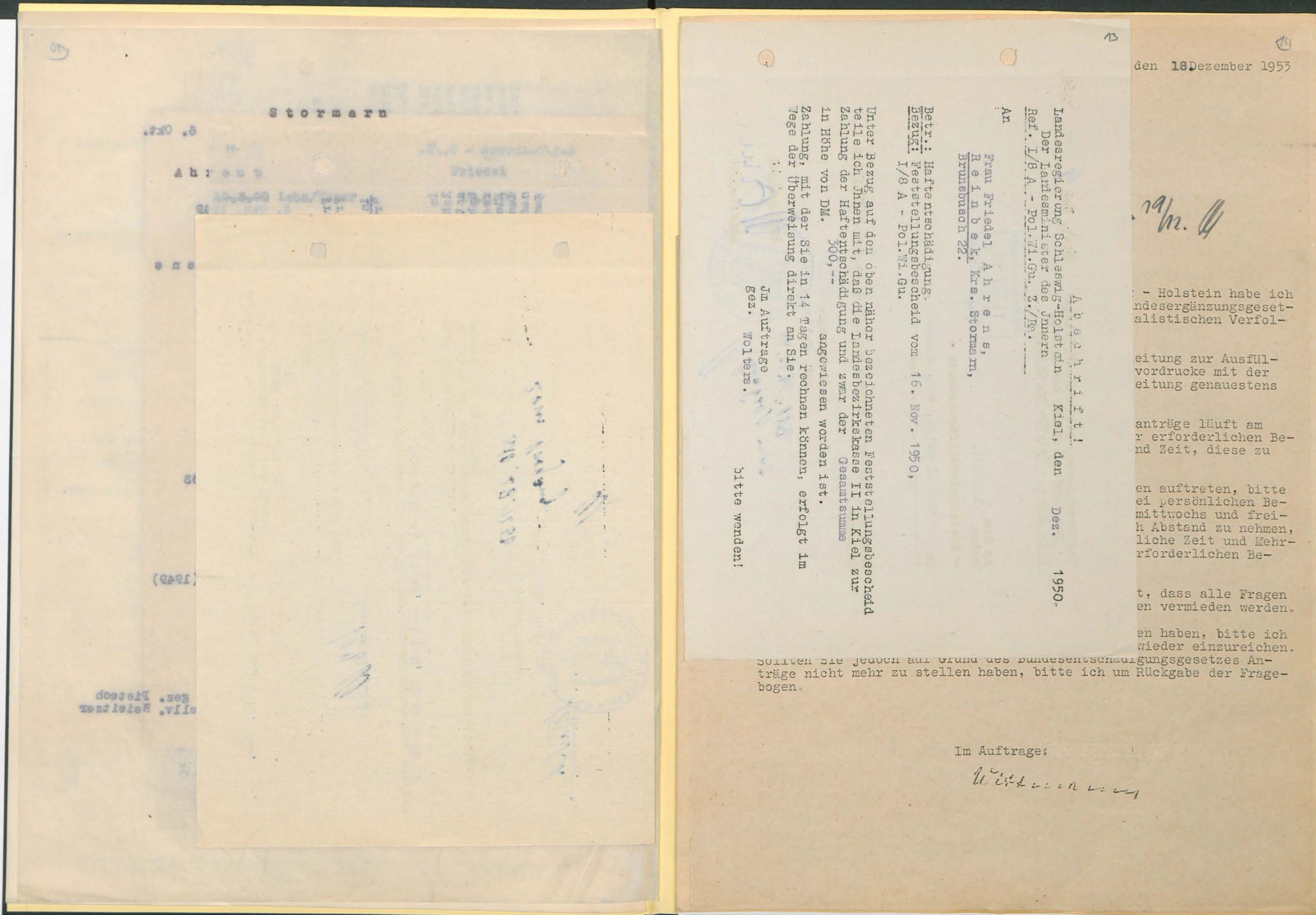
Im Auftrage:
gez. Wolters

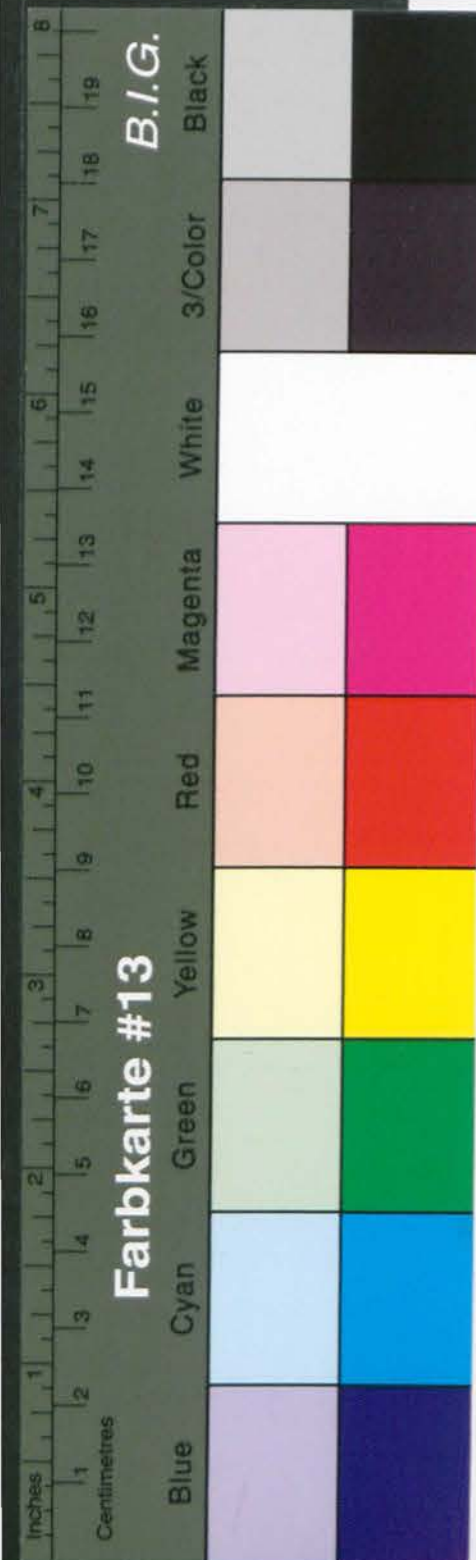
28.11.50
zum Vorgang.

Stempel: Schleswig-Holstein, Kanzlei, 10. 11. 50



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Gen. Protokoll
iv. Beteiligter

(1954)

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A - Pol. Wi. Cu. Z./Ra.
Kiel, den 9. Dez. 1950.



An den
Herrn Landrat,
- Kreisanderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe, Kre. Stormarn.

Unseitige Abschrift übersende ich Ihnen zur gefälligen Kenntnis.

Im Auftrage
Gez. Wolter



Bd. 14. 12. 50
zum Vorgang

Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 18. Dezember 1953

~~Herrn/Frau/Kinder~~

Friedel A.h.r.e.n.s.,

in Reinbek
Brunsbuch 22.

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

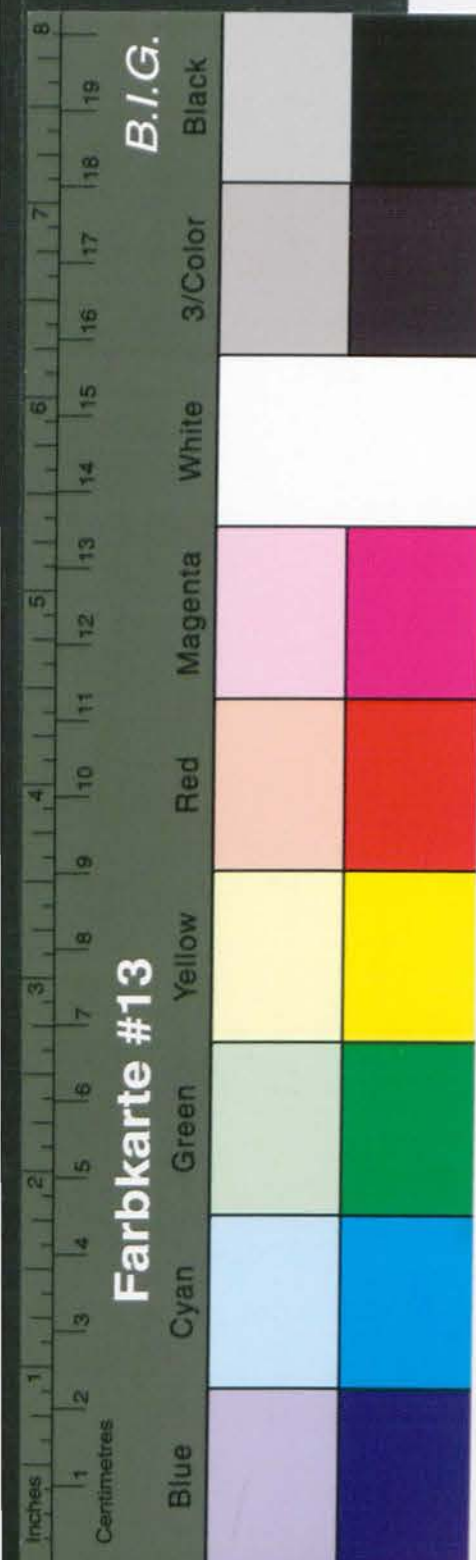
Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechzeiten montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:

Wolter



Kreisarchiv Stormarn B2

Vor Ausfüllung Anleitung lesen! In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen! Nichtzutreffendes streichen!		Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen: (Eingangsstempel) mit Anlagen Nr. Empfangsbestätigung erteilt am 5. MRZ 1956 Anl./Igd. Nr.	
---	--	--	--

Antrag

auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung
(Bundesentschädigungsgesetz — BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559)

A

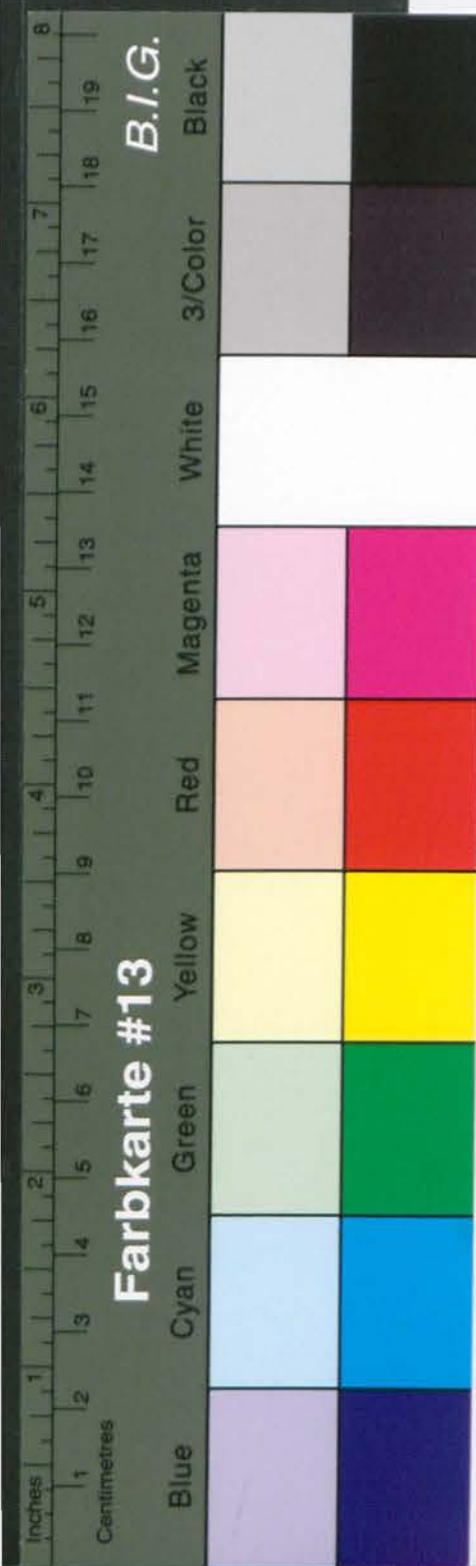
I. Berechtigte(r)

- Name: **A h r e n s, geb. Felst**
Vornamen: **Elfriede, Marie**
Geburtsort (Kreis, Land): **10.3.1908 in Bremerhaven-Lehe**
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): **Reinbek, Krs. Stormarn**
Familiennummer: **Brunsbusch 22**
(Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: ~~led.~~ / verh. / ~~verw. gesch.~~
Anzahl der Kinder: **2** Alter der Kinder: **21 und 22**
Staatsangehörigkeit: frühere: **deutsch** jetzige: **deutsch**
- Beruf: **Kontoristin**
Erlerner Beruf: **Sekretärin**
Jetzige berufliche Tätigkeit: **Sekretärin**
- Sind Sie selbst verfolgt worden?
Wenn ja: **ja / nein**
Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?
- Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: **ja / nein**

II. Verfolgte(r)

(Nur ausfüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)

- Name:
Vornamen:
Geburtsort (Kreis, Land):
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
gestorben am: (Straße und Haus-Nr.)
in (Kreis, Land):
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:
- Beruf:
Erlerner Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit:
- Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Berechtigten und des(r) Verfolgten:

	Berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt A II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	von bis	von bis
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: bei welchen?	nein nein	nein
2. a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. Mai 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren:	von bis	von bis
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. Mai 1945:	ja / nein ja / nein	ja / nein ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 31. Dezember 1952:	Reinbek/Hol.	
b) Letzter Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis Land), wenn vor dem 31. Dezember 1952 verstorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:		
c) Bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:		
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:		
e) Bei Sowjetzonenflüchtlings: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. Januar 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		
Wohin nach dem 31. Dezember 1946 ausgewandert?		
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:		
4. Nur ausfüllen von Angehörigen der besonderen Gruppen von Verfolgten und deren Hinterbliebenen.		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		
b) Bei Staatenlosen oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatliche Organisationen?		
c) Geschädigt aus Gründen der Nationalität?	ja / nein	

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für: (Nichtzutreffendes ist zu streichen)

- Schaden an Leben
(wenn der Verfolgte durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getötet oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorben ist) ☒ ja / ☒ nein
- Schaden an Körper und Gesundheit ☒ ja / ☒ nein
- Schaden an Freiheit
durch Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung ☒ ja / ☒ nein
- Schaden an Eigentum (§§ 51-55, 146) ☒ ja / ☒ nein
- Schaden an Vermögen (§§ 56-58, 146) ☒ ja / ☒ nein
- Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten (§§ 59-63, 153) ☒ ja / ☒ nein
- Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 64-137)
a) im beruflichen Fortkommen (§§ 65-123) ☒ ja / ☒ nein
b) im wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 127-137) ☒ ja / ☒ nein
- Rückwanderer (Soforthilfe, §§ 141) ☒ ja / ☒ nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen.)

- Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend gemacht? ☒ ja / ☒ nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

- Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ☒ ja / ☒ nein
- Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Von welchen Stellen im In- und Ausland haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Geld- oder Sachleistungen erhalten (z. B. Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

- Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ☒ ja / ☒ nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen

- Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ☒ ja / ☒ nein
- Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden. ☒ ja / ☒ nein

Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -
- B
- Dem Antrag sollen beigelegt werden:
1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
 2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
 3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)
- Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienenden Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurde bereits an (Behörde) oder

..... (Gericht) (Aktenzeichen) zu -Verfahren eingereicht.

C

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich, um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grob fahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Reinbek den 3/3. 58
(Ort) (Datum)

E. H. H. H.
(Unterschrift)

Dem Antrag sind Anlagen beigelegt, und zwar:

1.
2.
3.
4.
5.
6.
7.
8.
9.
10.

an das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,
K 1 e 1 .

Beitrag: Entschädigungsverfahren Frau Alfriede A h r e n s ,
Reinbek.

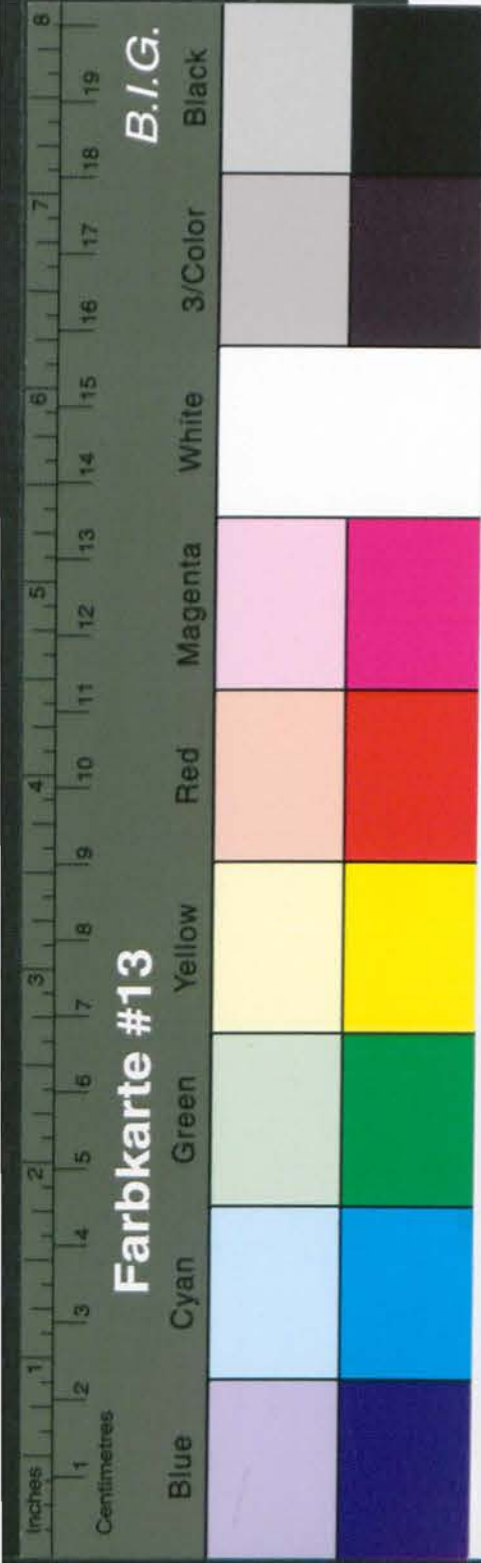
Ich übersende anliegend einen Antrag auf Entschädigung nach dem BEG. mit der Bitte um Ihre Entscheidung.
Meine Handakten füge ich zur Kenntnisnahme bei und bitte um Rückgabe nach Abschluss des Entschädigungsverfahrens.
Im Auftrage des Mandatars:

Sozial- und Jugendamt
4-1/B Ahrens

3. / -

6. März 1958.

Titel (Title)	Einzelheiten (Details)	Stempel d. V. (Committee Stamp)
Wohnungsamt des Lebensmittel- amtes (Food Office)	Mittel-schwere Arbeiter (medium Heavy Workers) Rationen (Ration Cards)	
	von bis (from) (to)	
Wohnungsamt des Lebensmittel- amtes (Food Office)	Wohnungsvorrecht (Housing Priority) für Personen (for)	
Wohnungsamt des Lebensmittel- amtes (Food Office)	Anstellungsvorrecht (Priority Employment) für (for)	
Wohnungsamt des Lebensmittel- amtes (Food Office)	Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance) a) für Wochen (for) (weeks) b) erneuert (renewed) für Wochen (for) (weeks) c) dauernd (permanent)	



Kreisarchiv Stormarn B2

1. Eine Schilderung des Verfolgungs-
2. Eine Erläuterung der Schadensfall-
Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigt)

Zum Beispiel: Aufenthalts-
Berechtigte nicht der Verfo-
heimatloser Ausländer oder
Verurteilung sowie sonstige

Folgende Beweismittel

wurde bereits an

(Gericht)

zu

Ich versichere, daß die vorstehenden
nach § 7 des Gesetzes der Anspruch
um Entschädigung zu erlangen, vor-
fahrlässig unrichtige oder irreführende

Nachträgliche Veränderungen, die si-
digungsgericht unverzüglich anzeigen

Reinbek
(Ort)

Dem Antrag sind Anl

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sozial- und Jugendamt
4 - 1/8

An die
Stadt-/Amtsverwaltung

Bad Oldesloe, den

Betr.: KW.

Das Versorgungsamt in Lübeck hat mir mitgeteilt, daß der o.g. Krie-
gerwitwe ab eine Witwenrente aus der Invalidenversicherung
von DM bewilligt wurde. Diese ist nach Abzug des zulässigen
Freibetrages von 15.-- DM ab mit mtl. DM auf die
Ausgleichsrente anzurechnen, so daß die Versorgungsbezüge nach dem BVG
ab

DM Grund- und DM Ausgleichsrente

betragen.

Durch diese Anrechnung ist für die Zeit vom
eine Überzahlung von DM eingetreten. Dieser Betrag wird von der
LVA eingefordert.

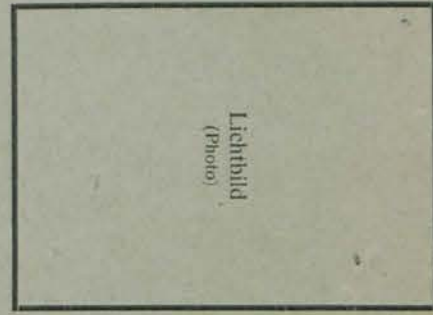
Ich bitte um Kennnismnahme.

Im Auftrage des Landrates:

Datum:
(Date)
Vorstand
(Chairman)
Mitglieder
(Members)

Vor- und Zuname:
(Christian name Family name)
Wohnort:
(Residence)
Straße:
(Address)
Der Obgenannte ist zur Sonderhilfe berechtigt vom Sonder-
hilfsausschuß
(The above mentioned is entitled to special benefits on the authority of Special
Aid Committee)

Unterschrift
(Signature)



Kennkarte Nr.:
Registriererschein Nr.:

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Seal)
-------------------	--------------------------	-----------------------------------

1	Mittelwerte Arbeiter (Medium Heavy Workers)	
---	--	--

Betr.: Kreisausschuß (Apply to Kreis- Food Office)	Rationen (Ration Cards)	
---	----------------------------	--

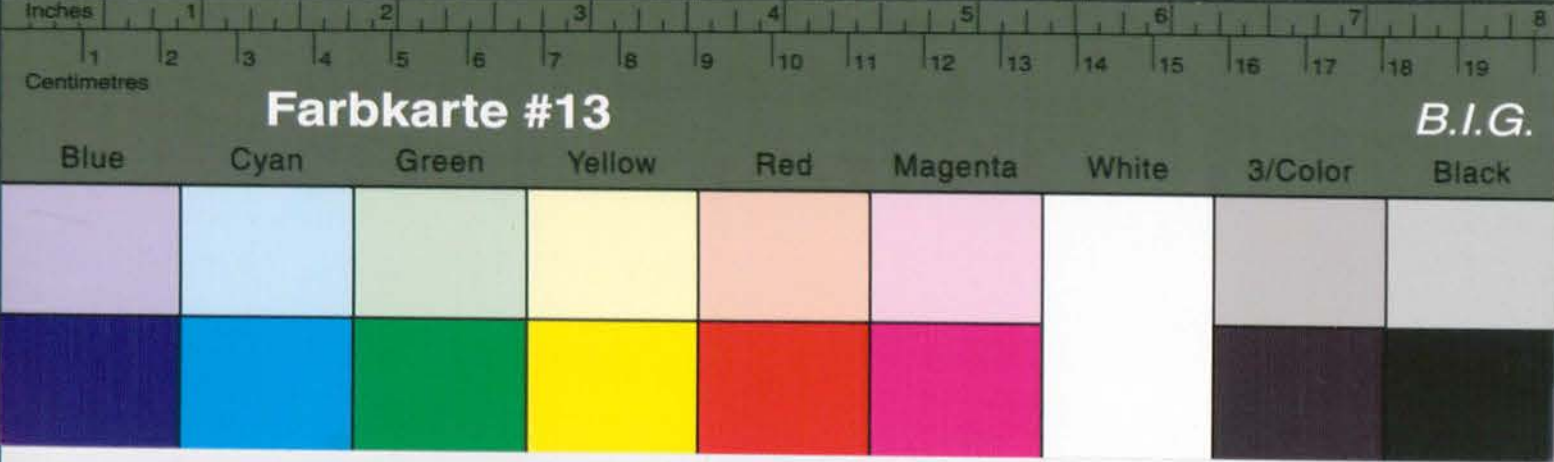
2	Wohnungsvorrecht (Housing Priority)	
---	--	--

Betr.: Kreis-Wohnungsamt (Apply to Kreis- Wohnungsamt)	Personen (Persons)	
---	-----------------------	--

3	Anstellungsvorrecht (Priority Employment)	
---	--	--

Betr.: Kreis-Arbeitsamt (Apply to Arbeitsamt)		
---	--	--

4	Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance)	
---	---	--



Kreisarchiv Stormarn B2

1. Eine Schilderung des Verfolgers
2. Eine Erläuterung der Schadensfi
3. Beweismittel (Originale, beglaub
Zum Beispiel: Aufenthalt
Berechtigte nicht des Ver
heimatloser Ausländer od
Verurteilung sowie sonst
Folgende Beweismittel
wurde bereits an
zu
(Gericht)

Ich versichere, daß die vorstehend
nach § 7 des Gesetzes der Anspu
um Entschädigung zu erlangen, v
fähig; unrichtige oder irreführe
Nachträgliche Veränderungen, die
digungsericht unverzüglich anzei

Reinbek
(Ort)

Dem Antrag sind
1.
2.
3.
4.
5.

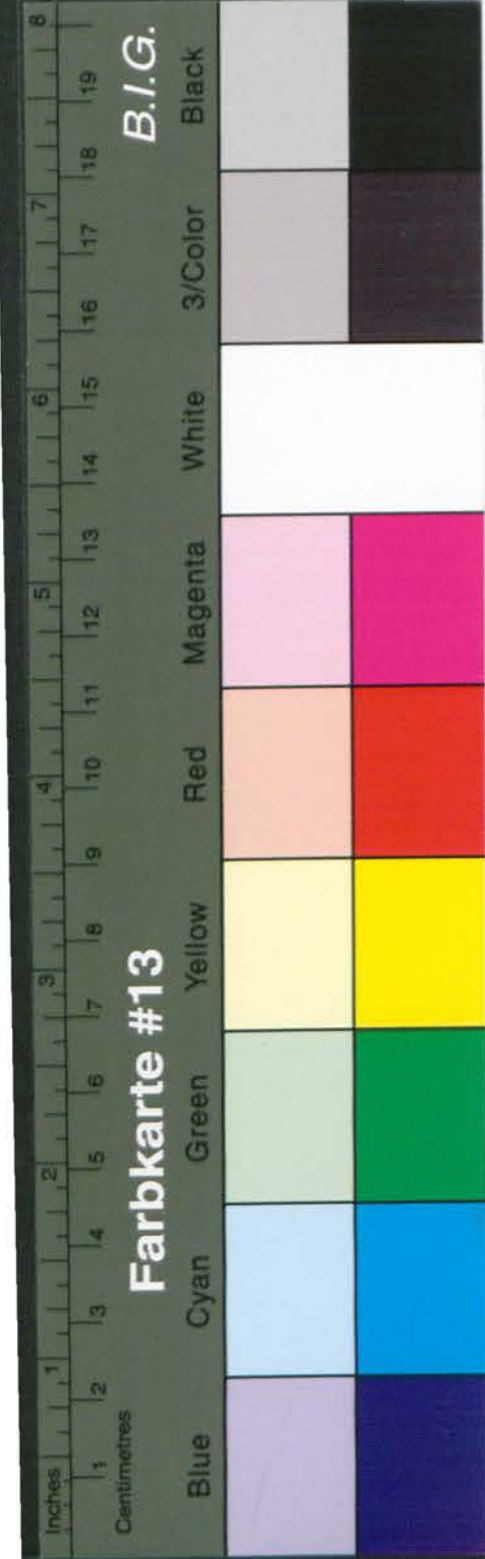
Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)

Sonderausweis
(Special Identity Card)
für
(for)
politisch, rassisch und religiös Verfolgt
(Persecutees on political,
racial and religious grounds)
Nr. 332
(No.)
Ausgehändigt durch den Sonderhilfssauschuß
des Stadt-Landkreises
(Issued by Special Assistance
Committees of Stadt-Landkreis)
Diese Karte muß **persönlich** vorgezeigt werden
(This card must be presented **personally** be the
person in whose favour it is issued)
Landesdruckerei, Kiel, 766/10000. 7. 48.

esloe, den
teilt, daß der o.g. Krie-
aus der Invalidenversiche-
t nach Abzug des zulässigen
mit mtl. DM auf die
rsorgungsbezüge nach dem BVG
eichsrente
m
Dieser Betrag wird von der
age des Landrates:

B 2 / 11





Kreisarchiv Stormarn B2

